

Wirtschaft

NACHRICHTEN

McDonald's expandiert und schafft neue Jobs

MÜNCHEN. Mit Sparmentis und neuen Frühstücksangeboten will McDonald's in Deutschland trotz Wirtschaftskrise weiter wachsen. Die Fast-Food-Kette werde dieses Jahr 35 bis 40 neue Restaurants sowie 100 McCafes eröffnen und rund 2 000 neue Jobs schaffen, sagte Deutschlandchef Bane Knezevic gestern. Der Umsatz soll erneut um vier bis fünf Prozent wachsen. Im vergangenen Jahr stieg der Umsatz der Hamburger-Kette bundesweit um 5,1 Prozent auf 2,8 Milliarden Euro. Damit habe McDonald's seine Position auf seinem drittgrößten Markt nach den USA und Frankreich weiter ausgebaut. Preiserhöhungen hatten das Umsatzwachstum in den vergangenen Monaten allerdings gebremst. (AP)

Mitarbeiter der HSH Nordbank protestieren

KIEL. Rund 200 Beschäftigte der angeschlagenen HSH Nordbank haben gestern in Kiel für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Das Institut hatte das vorige Jahr mit einem Verlust von bis zu 2,8 Milliarden Euro abgeschlossen. Es wird befürchtet, dass mehr als 1 000 Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Offiziell war bisher von 750 der 4 300 Stellen die Rede. Heute befassen sich die Landeskanzlerin von Schleswig-Holstein und Hamburg in gemeinsamer Sitzung mit der in Schiefelage geratenen Bank, an der beide Länder mit jeweils rund 30 Prozent beteiligt sind. (dpa)

Boom bei Computerspielen ungebrochen



DPA/WALTRAUD GRUBITZSCH

Kinder, aber auch Ältere verbringen mehr Zeit mit Computerspielen.

MÜNCHEN. Der Umsatz mit Videospielen in Deutschland ist dem Branchenverband BIU zufolge 2008 auf ein Rekordniveau gestiegen. Insgesamt hätten die Kunden im vergangenen Jahr mit 1,57 Milliarden Euro rund 14 Prozent mehr als im Jahr zuvor für Spielesoftware ausgegeben, teilte der Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware (BIU) mit. Der Markt für PC-Spiele sei hingegen auf 438 Millionen Euro geschrumpft. Für das erste Halbjahr 2009 rechnet der Verband trotz der Wirtschaftsflaute mit einem weiteren Anstieg der Erlöse. (Reuters)

Absatzinbruch bei Mini kostet 850 Stellen

LONDON. Der Autohersteller BMW entlässt 850 Mitarbeiter seines Mini-Werkes im britischen Cowley. Grund sei die gesunkene Nachfrage, erklärte BMW gestern. Die Verträge mit den Mitarbeitern seien nicht verlängert worden. Wegen der gesunkenen Nachfrage werde in dem Werk von Drei-Schicht- auf Zwei-Schicht-Betrieb umgestellt. Die Stammebelegschaft sei aber nicht vom Stellenabbau betroffen. Im Januar brachen die Mini-Verkaufszahlen um 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat ein. (AP)

Jobcenter werden neu organisiert

BERLIN. Aus den etwa 350 Jobcentern zur Betreuung von Hartz-IV-Haushalten sollen öffentlich-rechtliche Anstalten werden, in denen sich Kommunen und Arbeitsagenturen die Aufgaben teilen. Für die Einführung der neuen „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG) soll das Grundgesetz geändert werden. Darauf verständigte sich eine Verhandlungsgruppe von Bund und Ländern nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums. Die 69 Kommunen, die derzeit Hartz-IV-Empfänger in Alleinregie betreuen, erhalten eine Bestandsgarantie über 2010 hinaus. (Reuters)

„Faule Papiere kaufen, egal zu welchem Preis“

US-Ökonomin Carmen Reinhart über die Entlastung maroder Banken und die langsamen Europäer

Miss Reinhart, Sie haben zusammen mit Ihrem Harvard-Kollegen Kenneth S. Rogoff Finanzkrisen über die Jahre und zwischen Ländern verglichen. Wie bewerten Sie die aktuelle Finanzkrise: Haben wir das Schlimmste schon hinter uns oder kommt es noch?

Wir stecken mittendrin. Bankenkrisen sind langwierige Angelegenheiten. Wenn wir die Muster früherer Krisen fortschreiben, gibt es Hoffnung, dass wir Ende 2010 Licht am Ende des Tunnels sehen.

An welchen Indikatoren machen Sie das fest?

Typischerweise fallen die Immobilienpreise über einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren um 36 Prozent. In den USA setzte dieser Zyklus 2006 ein. Der Aktienmarkt braucht durchschnittlich dreieinhalb Jahre um mit minus 55 Prozent seinen Tiefpunkt zu erreichen. Da die Abwärtsentwicklung hier erst Mitte 2007 einsetzte, haben wir die Talsohle noch nicht erreicht. Die Arbeitslosigkeit wächst im Schnitt über fünf Jahre um sieben Prozentpunkte. Eine Erwerbslosenquote von elf bis zwölf Prozent liegt also durchaus im Bereich des Möglichen.

Japan hat in den 90er-Jahren ein ganzes Jahrzehnt an Wachstum verloren. Und auch in den USA zieht sich diese Rezession schon länger hin als jede andere seit dem Zweiten Weltkrieg. Warum dauert die Erholung von Bankenkrisen so lange?

Ein Teil des Problems hat mit dem zu tun, was ich die zwei Phasen der Verdrängung nenne. In der ersten Phase glauben die zuständigen Behörden und Politiker nicht, dass wir es mit einer systemweiten Krise zu tun haben, die über eine gewöhnliche Abschwungphase in der Wirtschaft hinausgeht. Stattdessen werden die Probleme der finanziellen Institutionen heruntergespielt. In der zweiten Phase erkennen die Akteure die Krise an, tun aber nicht genügend, um ihre Ursachen zu bekämpfen.

Wann haben die Verantwortlichen in den USA realisiert, dass es sich nicht um eine klassische Rezession handelt mit punktuellen Problemen?

Im Herbst 2008, als sie die Erfahrung machen mussten, dass wir diese Krise nicht mit Stückwerk bewältigen können. Wir haben Bear Stearns gerettet, aber nicht Lehman. Dafür helfen wir wieder AIG. Dem fehlte die Konsequenz. Dann haben die Akteure geschluckt und gesagt: Okay wir brauchen ein Rettungspaket, das umfassend ist. Diese Einsicht kam ein Jahr nach Beginn der Krise. Wir befinden uns jetzt in Phase zwei.

Wollen Sie damit sagen, dass die von US-Finanzminister Timothy Geithner vorgestellten Rettungspläne nicht weit genug gehen?

Ich denke, ein aggressiverer Plan wäre ein klareres Signal gewesen, dass wir die Politik des früheren Finanzministers Henry Paulsons nicht fortsetzen. Die Märkte haben entsprechend reagiert. Geithners Ideen sind bestenfalls undurchsichtig und leben von der Illusion, der Privatsektor könne beim Kauf der faulen Wertpapiere, die der Krise zu Grunde liegen, irgendwie eine



AFP/TIMOTHY A. CLARY

Wall Street in New York: Geht es nach Reinhart, sollte der Staat den Finanzsektor mit maximalem Aufwand stützen.

bedeutende Rolle spielen. Ich denke nicht, dass es dazu kommen wird. Geithners Plan basiert auf Wunschdenken, weil es keinen Mechanismus gibt, die den Papieren zugrunde liegenden Risiken abzuschätzen und damit den Preis zu bestimmen.

Wovon sollen private Investoren diese faulen Wertpapiere kaufen, wenn es keine Liquidität am Markt gibt?

Genau. Liquidität und Ungewissheit – das sind die Probleme. Es ist wirklich so einfach. Unter diesen Umständen kann der Privatsektor nicht mehr eine Führungsrolle übernehmen. Je früher wir anerkennen, dass die Regierung alleine die Unsicherheit überwinden kann, desto besser.

Käme es nicht einer Revolution gleich, wenn plötzlich Washington das Bankensystem betreibt?

In dem Moment wo der Staat Geld auf den Tisch legt, um Wertpapiere aufzukaufen oder Finanzinstituten Kapital zuzuführen, spielt er eine Rolle. Ob wir das Nationalisierung oder was auch immer nennen. Das ist Semantik. Das bedeutet nicht, dass wir wie China oder Indien werden. So nicht. Es geht vielmehr darum, dass der Staat die faulen Wertpapiere absorbieren muss. Egal zu welchem Preis und welchen Risiken. Diese Bereitschaft sehe ich nicht.

Aber ist es nicht sinnvoller, diese komplexe Situation mit Ruhe anzugehen, um es am Ende richtig zu machen?

Die Uhr tickt. Die Krise begann 2007. Jetzt schreiben wir Februar 2009 und wir sehen nichts, was auf eine Rückkehr zu normalen Mustern auf dem Kreditmarkt hindeutet. Nichts. Je mehr sich der Staat Zeit lässt, einzugreifen, desto schwieriger wird es, die Dinge wieder zum Laufen zu bringen. Verzögerungen bei der Umsetzung sind extrem teuer. Das Problem wächst und schwappt in die reale Wirtschaft über. Das wäre ein ziemlich bedenklicher Ausgang.

Zur Person



PRIVAT

Parallelen: Carmen M. Reinhart, 53 und gebürtig in Kuba, gehört zu den führenden Volkswirten der USA. Die Professorin der University of Maryland veröffentlichte kürzlich eine Studie über verblüffende Parallelen zwischen der derzeitigen und früheren Krisen, die hohe Wellen schlägt.

Einige Ökonomen wie Nouriel Roubini von der New York University vermuten, die Banken könnten noch Verluste von bis zu 3,6 Billionen Dollar in den Büchern stehen haben. Der Geithner-Plan umfasst rund zwei Billionen. Wo kommt das ganze Geld dafür eigentlich her?

Am Ende müssen die Bürger dafür aufkommen. Wenn die Notenbank Geld druckt, zahlen die Leute anschließend die „Inflationssteuer“. Kommt das Geld aus dem Kongress, muss der Staat zu einem späteren Zeitpunkt an der Steuer-schraube drehen.

Ist die Wut des sogenannten kleinen Mannes gegen die Wall Street dann nicht verständlich?

Es ist ein wenig irreführend, die Kosten für das Rettungspaket des Finanzmarktes zu beklagen. Unser Vergleich zeigt, dass ein anderer Faktor viel gravierender ist. Dem Staat bricht mangels wirtschaftlicher Aktivität die Einnahmehasis weg. Das führt in den drei Jahren nach Beginn von Finanzkrisen im Schnitt zu einem Anstieg der Staatsverschuldung um 86 Prozent. Das heißt auf die USA kommen noch weitere acht bis neun Billionen Dollar an Schulden hinzu. Je länger wir

zögern, desto teurer kommt es am Ende alle zu stehen.

Was kann das gerade beschlossene 787-Milliarden-Dollar schwere Konjunkturpaket in dieser Situation eigentlich leisten?

Wir brauchen den Stimulus, weil er den Abschwung für die Betroffenen abfedert. Politisch und ökonomisch. Wenn es eine Zeit für antizyklische Fiskalpolitik gibt, dann jetzt. Aber wir behandeln damit nur das Symptom, nicht die Ursache. Das Konjunkturpaket wird uns nicht aus dem Tal herausführen. Weder fehlende Investitionen in Erziehung noch in Infrastruktur haben die Krise verursacht. Der Kongress muss den Stier bei den Hörnern fassen und die Zombie-Banken ins Visier nehmen. Solange wir auf den Finanzmärkten nicht zur Normalität zurückkehren, kann der Stimulus nicht mehr erreichen, als die Krise abzumildern.

Hat man in Europa die Dringlichkeit der Krise besser erkannt?

Europa steckt noch in Phase eins der Verneinung. Nehmen Sie mal die österreichischen Banken und ihr Osteuropa-Geschäft. An mich sind Leute herangetreten und haben mir versichert: Unsere Banken sind gesund. Wenn ich das glaubte, könnten Sie mir gleich die nächste Geschichte erzählen. Solange Sie nicht anerkennen, dass sie ein großes Problem haben, tun sie nichts, es zu korrigieren. Ich habe mein ganzes Berufsleben damit verbracht, solche Krisen zu studieren und kann Ihnen versichern: Diese Leugnung ist tödlich.

Sehen Sie diese Gefahr auch für die anderen Ökonomien in Europa?

Die Schweiz und Deutschland sind etwas besser positioniert. Im Unterschied zu Großbritannien und Spanien gab es dort keine Immobilienblase. Aber sich in Sicherheit zu wiegen, wäre ein Fehler. Diese Krise ist noch lange nicht vorüber.

Das Gespräch führte Thomas Spang.

Bund will ohne Zwang Mehrheit an der HRE

Hypothekbank nur als letztes Mittel verstaatlichen

BERLIN. In der Debatte um eine mögliche Zwangsverstaatlichung angeschlagener Banken, wie sie derzeit für die Rettung der Hypo Real Estate (HRE) diskutiert wird, hat die Bundesregierung bekräftigt, dass dies nur als „allerletztes Mittel“ erfolgen soll. Schon jetzt sei klar, dass eine Verstaatlichung nur in Betracht komme, wenn sie „für die Sicherung der Finanzmarktstabilität erforderlich ist und andere, weniger einschneidende rechtlich und wirtschaftlich zumutbare Lösungen nicht mehr zur Verfügung stehen“, sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm.

„Das heißt an einem Beispiel, eine Verstaatlichung kommt nur dann in Betracht, wenn zuvor der Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung etwa gescheitert ist“, erklärte Wilhelm. Bereits aus dem Verfassungsrecht folge, „dass eine Enteignung nur als äußerstes Mittel in Betracht kommt, wenn andere Mittel zuvor keinen Erfolg versprechen“. Derzeit werde eine Verstaatlichungsoption innerhalb der Bundesregierung als letztes Mittel „unter engen zeitlichen Vorgaben und unter engen inhaltlichen Vorgaben“ erörtert.

Anlegerschützer drohen mit Klage

In Finanzkrisen wird für möglich gehalten, dass der Bund den HRE-Anteilseignern zunächst ein Kaufangebot unterbreiten könnte. Die Zeit drängt, weil der Hypothekenfinanzierer bis Ende März seine Bilanz vorlegen muss. Die genaue Vorgehensweise soll am Mittwoch im Bundeskabinett beschlossen werden. Die Bank hat 102 Milliarden Euro an Garantien und Kapitalhilfen erhalten. Bei einer Pleite wird eine Kettenreaktion befürchtet.

Die Regierung will die Annahmefrist für Übernahmeangebote von drei Monaten drastisch kürzen. Auch soll die Schwelle, ab der Hauptversammlungen Kapitalerhöhungen bewilligen können, im Aktiengesetz von 75 Prozent auf 50 Prozent gesenkt werden. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz droht im Falle einer Enteignung der HRE-Aktionäre mit einer Verfassungsklage. (ddp, dpa)



DDP/MICHAEL GOTTSCHALK

Zentrale der Hypo Real Estate: bald mehrheitlich in Bundeseigentum?

Air Berlin erwirtschaftet Gewinn

Manager kürzen eigene Boni

BERLIN. Die zweitgrößte deutsche Fluggesellschaft Air Berlin hat ihre Prognose für ein positives operatives Ergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr 2008 bestätigt. Dies werde trotz gestiegener Treibstoffkosten und eingetretener Konjunktur erreicht, teilte Air Berlin gestern mit. Gleichzeitig kündigte das Unternehmen an, dass der Vorstand und die Mitglieder des Lenkungsorgans auf 50 Prozent der ihnen zustehenden Boni für das Geschäftsjahr 2008 verzichten werden. Sie leisteten damit ihren Beitrag von insgesamt zwei Millionen Euro zu dem im vergangenen Frühjahr 2008 aufgelegten Maßnahmenpaket „Jump“. Das bedeute, dass die Leitenden auf bis zu zehn Prozent ihres Jahresgehaltes und die Mitglieder des Vorstands auf 25 Prozent verzichteten. Air Berlin hatte im Frühjahr 2008 angesichts steigender Ölpreise ein Sparprogramm aufgelegt. Erste Erfolge seien bereits Ende November zu sehen gewesen, erklärte das Unternehmen.

Air Berlin beförderte im vergangenen Jahr nach eigenen Angaben 28,6 Millionen Passagiere weltweit und beschäftigte mehr als 8 000 Mitarbeiter. (ddp, AFP)

Japans taumelnde Wirtschaft gefährdet Regierung

Einbruch um 3,3 Prozent in nur einem Monat / Premierminister Aso könnte von seiner Partei abgelöst werden

TOKIO. Die japanische Wirtschaft ist angesichts eines beispiellosen Exporteinbruchs so stark geschrumpft wie seit der Ölkrise vor 35 Jahren nicht mehr. Wie die Regierung gestern nach vorläufigen Daten bekanntgab, sank die Wirtschaftsleistung zwischen Oktober und Dezember auf das Jahr gerechnet um 12,7 Prozent. „Das ist die schlimmste Wirtschaftsleistung der Nachkriegszeit“, erklärte dazu der japanische Wirtschaftsminister Kaoru Yosano.

Zum Vormonat schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der stark vom Exportmotor abhängigen zweitgrößten Wirtschaftsnation der Welt um 3,3 Prozent und zugleich im nunmehr dritten Quartal in Folge. Damit rutschte Japan noch tiefer in die Rezession als die USA und

Europa. Die Exporte schrumpften um 13,9 Prozent und verzeichneten damit ein Rekordminis.

Hinzu kommt der rasante Höhenflug des Yen. Die geschrumpfte Auslandsnachfrage drückte Japans BIP um ganze drei Prozentpunkte und damit so stark wie noch nie. Die ebenfalls gesunkene Binnennachfrage ließ das BIP um weitere 0,3 Prozentpunkte sinken. Vor diesem Hintergrund erwarten Unternehmen wie Toyota, Sony und Hitachi im noch bis Ende März laufenden Geschäftsjahr durch die Bank hohe Verluste und bauen zig Tausende von Stellen ab. Dies drückt erheblich auf die Stimmung der Verbraucher. Die Konsumausgaben, die 55 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes ausmachen, sanken im Schlussquartal 2008 um real 0,4

Prozent zum Vorquartal. Bezogen auf das abgelaufene Kalenderjahr sank die Wirtschaftsleistung erstmals seit neun Jahren um real 0,7 Prozent. Für das noch bis zum Ende März laufende Fiskaljahr 2008/2009 geht die Regierung von einem Rückgang des BIP um 0,8 Prozent aus.

Das wäre allerdings nur zu erreichen, wenn die Wirtschaft im laufenden Quartal um 5,6 Prozent zulegen würde. Das halten viele Ökonomen jedoch für unwahrscheinlich. Japans Regierungschef Taro Aso will zwar, dass Japan vor allen anderen Ländern aus der Krise findet. Ökonomen gehen jedoch vom Gegenteil aus: Erst wenn sich die Ökonomen der USA und Chinas erholen, werde es auch Japan wieder besser gehen. Denn Japan hängt weiter wesentlich vom Export ab.

Minister Yosano wies derweil auf die Notwendigkeit einer zügigen Verabschiedung des zweiten Nachtragsbudgets der Regierung hin. Eine verfahrenere Situation im Parlament, wo die Opposition im Oberhaus die Mehrheit der Stimmen hat, blockiert jedoch die Verabschiedung eines gewaltigen Wirtschaftsankurbelungspaketes des unter wachsendem Druck stehenden Regierungschefs Aso. Seine Umfragewerte sind tief in den Keller gestürzt. Schon wird darüber spekuliert, dass Aso noch vor den spätestens im September anstehenden Wahlen zum Unterhaus von seiner Liberaldemokratischen Partei abgelöst werden könnte. Der seit über 50 Jahren fast ununterbrochen regierenden Partei droht der Machtverlust. (dpa)